

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 2. Oktober 1919, Nr. 393.

**Die Anforderung des Hotel „City“:** Unter Bezugnahme auf die Zeitungsberichte über eine Verhandlung vor dem Mietamt, Senat für Wohnungsanforderungen, womit die Anforderung des Hotels „City“ teilweise wieder aufgehoben wurde, teilt das Wohnungsamt der Stadt Wien folgendes mit: Ohne sich in eine Kritik dieser Entscheidung, die von einem unter Zuziehung der Bevölkerung zusammengesetzten Senat gefällt wurde, einzulassen, kann das Wohnungsamt nur erklären, dass es nach wie vor an der Anschauung festhält, im Sinne der Verordnung bei Hotels mit dem ausgesprochenen Charakter von Stundenhotels zuzugewilligen Inanspruchnahme berechtigt zu sein. In Konsequenz dieses Standpunktes und aus naheliegenden Zweckmäßigkeitserwägungen hat das Wohnungsamt auch auf die im gegebenen Falle zugesprochenen 14 Zimmer bereits verzichtet. Eine teilweise Aufrechterhaltung einer Anforderung ist, von vergleichweisen Regelungen abgesehen, nach Ansicht des Wohnungsamtes nur bei Hotels anderen Charakters rechtlich zulässig. Das Wohnungsamt wird in allen noch anhängigen Fällen diese Auffassung auch weiterhin nachdrücklich vertreten.

**Preiserhöhung für Himbeersaft.** Die Höchstpreise für Himbeersaft werden wie folgt erhöht: Erzeugerpreise 1430, 1480, 1530 Kronen, Großhandelspreise 1530, 1555 und 1580 Kronen pro hundert kg, Die Kleinverschleißpreise erhöhen sich um 2 Kronen pro kg, so dass 1 kg Himbeersaft im Detailhandel auf 16.30 K zu stehen kommen.

**Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.** Im Monat August war der Krankenstand gegenüber dem Vormonate wesentlich niedriger. Infolge der heißen Tage war die Zahl der Erkrankungen der Darmorgane eine grössere. Von den Infektionskrankheiten, die eine geringe Ausdehnung zeigten, hat die Ruhr im Berichtsmonat eine Zunahme gegen den Monat Juli aufzuweisen. Angezeigt wurden 60 Scharlach, 91 Diphtherie, 45 Typhus, 468 Ruhr, eine Blattera und 43 Varizellenfälle. Auch die Sterblichkeit zeigte eine Abnahme gegenüber dem Monat Juli, ist aber noch immer beträchtlich höher als in den ersten Kriegsjahren. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skopnuloose mit 733 Fällen. Das männliche Geschlecht war mit rund 45 %, das weibliche mit rund 55 % an der Sterblichkeit beteiligt.

**2000 Kronen für die Stadt Ebenfurth.** Im Februar 1919 hat sich im Gemeindegebiete von Ebenfurth eine gemeingefährliche bewaffnete Bande herumgetrieben, zu deren Umschlingung der Ebenfurth Gendarmerieposten eine Verstärkung von 20 Mann von der Schutztruppe im Steinfeld bekam. Die Stadt Ebenfurth hat die Verpflegung dieser Mannschaft übernommen, woraus ihr Kosten im Betrage von rund 5000 Kronen erwachsen. Durch Heranziehung der genannten Mannschaft ist es gelungen, der Bande Herr zu werden, wodurch auch die Gemeinde Wien in ihrer Ueberlandszentrale Ebenfurth den Schutz von Personen und Eigentum mitgenommen hat. St.R. Schorsch beantragte in der heutigen Stadtratsitzung dem Stadtvorstande von Ebenfurth für die im vorliegenden Falle erwachsenen Kosten einen Beitrag von 2000 Kronen zubewilligen. Dem Antrage wurde stattgegeben.

**Kartoffelabgabe.** Vom Freitag bis Sonntag wird im V. Bezirke ein halbes kg Kartoffel pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „0“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Die Lebensmittelversorgung Wiens.** In der heutigen Stadtratsitzung erstattete Egm. Reumann einen Bericht über die Versorgung der Gemeinde Wien mit Lebensmitteln, der sich auf Ausführungen des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Lewentfeld-Russ stützte. In dem Bericht heisst es unter anderem: Die Versorgung mit Getreide und Mehl ist vollkommen unzureichend. Mit der eigenen Ernte kann lediglich Oberösterreich und das flache Land Niederösterreich

versorgt werden; alle übrigen Gebiete insbesondere Wien sind auf Zuschüsse angewiesen. Wir haben in Argentinien 40 bis 50 Tausend Tonnen Getreide eingekauft und ist diese Menge zum grössten Teil schon verschifft und im Antransport begriffen. Es war beabsichtigt, das Getreide über Rotterdam und Mannheim, teils per Eisenbahn, teils in Donauwege hereinzubringen. Transport Schwierigkeiten machen dies fast unmöglich. Das Ansuchen, bei der Entente wegen der Zufuhr über Rotterdam einzuschreiten, wurde abgewiesen und wir nach Triest verwiesen. Die Zuschüsse von dort sind in der letzten Zeit vollkommen ins Stocken geraten, eine telegrafische oder telefonische Verbindung mit Triest war nicht möglich. Derzeit sollen 17 Eisenbahnzüge zwischen Triest und Graz wegen Kohlenmangel steckengeblieben sein. Wir haben Kohle und Lokomotiven entgegengesandt, die Züge sind aber bis heute noch nicht eingelangt. Und selbst wenn sie eintreffen, bleiben diese Zuschüsse weit hinter unserem Tagesbedarf zurück. Im jugoslawischen Vertrag hatten wir uns die Einfuhr von 5000 Tonnen Mehl gesichert. Allein der Vertrag liess die Fixierung des Kaufpreises offen, es wurde, was ein grosser Fehler war, lediglich der Weltmarktpreis festgelegt. Zu diesem, der mit Rücksicht auf unsere schlechte Valuta sehr hoch ist, schlägt die jugoslawische Regierung noch 300 Kronen Ausfuhrzoll per Meterzentner dazu. Ausserdem hat gegen den Export der vertragsmässig sichergestellt Waren eine heftige Agitation eingesetzt, die vielleicht zur Kündigung des Vertrages führen kann. Endlich hat die Belgrader Regierung die zum Abtransport per Schiff zugeführte Kohle beschlagnahmt, so dass die Schiffe von Belgrad nicht abdampfen können. Wir hätten die genannten 5000 Tonnen bereits vor 14 Tagen bekommen sollen und haben heute noch nichts. Für die Einkäufe im Auslande fehlt uns die nötige Valuta. <sup>die Regierung</sup> <sup>den</sup> <sup>Branchen</sup> für die Importe von Mehl, Getreide, Kartoffeln und Kondensmilch für die nächsten 3 Monate allein 70 Millionen holländische Gulden, das sind 2 Milliarden deutschösterreichischer Kronen. Dabei bekamen wir weder Fleisch noch Fische, weder Käse noch Reis. <sup>Da uns jede Valuta mangelt, wurde</sup> der Vorschlag gemacht, <sup>die</sup> Kunstgegenstände an amerikanische Kunsthändler zu veräussern. Allein wir dürften dabei keinen namhaften Betrag erzielen. Um nur ein Minimum <sup>von</sup> Getreide und Fett bis Ende November importieren zu können, bedürfte man 17 Millionen holländischer Gulden, die in den nächsten <sup>10</sup> Tagen zur Verfügung stehen müssten. Wir haben somit in den Ländern keine nennenswerte Ernte, keinerlei Vorräte und ist die Situation schon derart schlimm, dass ausser Wien, Niederösterreich und Oberösterreich alle Länder unversorgt sind. <sup>Was die Versorgung Wiens anbelangt, so fehlen uns für den Bedarf der nächsten</sup> Woche heute noch 492 Waggons. Die Deckung kann dadurch gefunden werden, dass das Ernährungsamt den Bezirken, in denen aufgebraucht wird, überhaupt nichts zuschiebt und die letzten Reserven der K.E.A. per 120 Waggons heranzieht. Das noch immer vorhandene Manko von 17 Waggons kann entweder dadurch gedeckt werden, dass <sup>man</sup> die letzten Reserven der Gemeinde Wien per 50 Waggons heranzieht oder an Stelle des zweiten Viertel Kilogramm Verschleissmehl, Reis zur Ausgabe bringt. Von letzteren stehen 70 Waggons zur Verfügung. Endlich hat die Grenzankaufstelle 50 Waggons Getreide in Aussicht gestellt, die niederösterreichische Landesregierung für Wien aber nur 17 zugewiesen, da der Rest für Zubussen für Pflinglinge der Landesanstalten verwendet werden muss. <sup>Zu diesem furchtbaren Mangel an Mehl und Getreide tritt noch in Wien die Fut-</sup> termittelnot. Wenn im letzten Augenblick nicht irgend eine günstige Wendung eintritt, steht Wien in der nächsten Zeit ohne Pferdemischfutter da. Alle Urgrenzen nach Oberösterreich um Zuschub von Hafer blieben erfolglos, da der Hafer erst in den nächsten Tagen ausgedroschen werden wird. Um das Mischfutter herstellen zu können, werde man sich gezwungen sehen, den anrollenden Mais aus Jugoslawien für das Pferdefutter zu verwenden. Der Mais inländischer Ernte ist noch nicht reif und kann daher nicht herangezogen werden. <sup>Ähnlich wie mit diesen Artikeln steht es auch mit Fett und Fleisch.</sup> An ersterem sind in Wien derzeit 1450 Tonnen im Anrollen und sollen noch 3440 Tonnen übernommen werden. Diese Menge deckt in Wien bei der 12 dkg Quote den Monatsbedarf. Nach Kärnten, Salzburg und Steiermark wird überhaupt kein Fett zugeschoben. Die Regierung hat ferner grössere Mengen in Triest halb auf Kredit, halb auf Barzahlung angekauft. Wenn sie die dazu nötige Valuta nicht aufbringt, wird das Fett sogleich in Triest verkauft werden. Die Versorgung Wiens mit Fleisch ist mit dem angekauften und vorhandenen Vorräten auf einem Monat gedeckt. Ab 1. November hat Wien kein Fleisch mehr.

Wir sind somit in einer trostlosen Lage. <sup>Die</sup> <sup>Verhältnisse</sup> <sup>in</sup> <sup>den</sup> <sup>Landern</sup> <sup>um</sup> <sup>uns</sup> <sup>her</sup> <sup>haben</sup> <sup>nur</sup> <sup>mehr</sup> <sup>Getreidevorräte</sup> <sup>für</sup> <sup>einige</sup> <sup>Tage</sup>, Wien wird in der übernächsten Woche schwerlich mit der vollen Brot- und Mehlquote versorgt werden können. Alle Schritte um Ententehilfe hatten keinen nennenswerten Erfolg. Staatskanzler Dr. Renner überreichte bereits bei der Unterzeichnung des Friedens ein dringendes Ansuchen um Unterstützung; die Pariser Ententekommission tagt jedoch derzeit nicht mehr in Permanenz und hat daher noch keine Antwort erteilt. Das Ansuchen bei den Amerikanern wurde abgelehnt, da die Kredite Oesterreichs völlig erschöpft sind.

St.R. Breitner (Sozialdemokrat) stellte folgenden Antrag: Wie die Staatskorrespondenz amtlich meldete, hat der Kabinettsrat in der letzten Sitzung beschlossen, zur Beschaffung von Lebensmitteln Kunstschätze an das Ausland zu verkaufen. Diese Mitteilung ist geeignet, die grössten Besorgnisse bei allen Menschen hervorzurufen, denen das Schicksal Wiens am Herzen liegt. Die ungeschmählerte Erhaltung und freie Zugänglichmachung des alten Kunstbesitzes ist nicht bloss in kultureller Beziehung von höchster Bedeutung, sondern es liegt darin auch ein grosses Stück der Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu vollziehen, Wien zu einer Kunst- und Fremdenstadt zu machen. Der in der offiziellen Verlautbarung enthaltene Hinweis, dass es sich um „wertvolle, aber kunsthistorisch und kulturell minder belangreiche Objekte“ handelt, kann keineswegs eine ausreichende Beruhigung bieten. Minderwertige Objekte spielen auf dem internationalen Markte überhaupt keine Rolle und es wäre wohl von vornherein mit untauglichen Mitteln, auf diese Weise irgendwie nennenswerte Beträge hereinzubringen. Es kann sich also doch nur um wirkliche Kunstschätze handeln. Wenn die Gerüchte sich bewahrheiten, dass ein Verkauf der kaiserlichen Gobelinsammlungen geplant ist, so würde es sich hier um Unika handeln, die einfach unersetzbar sind, wobei überdies der gleichzeitige Verkauf einer grösseren Anzahl ganz unkaufmännisch wäre und die Preise gewaltig herabdrücken müsste. Es ist tief zu bedauern, dass solche Beschlüsse gefasst werden konnten, ohne dass die freigewählte Gemeindevertretung und ihr Oberhaupt zu Rate gezogen oder auch nur verständigt wurden, wiewohl durch derartige Schritte die Lebensinteressen Wiens auf das Empfindlichste berührt werden. Der ganze Kampf, den unsere Friedensdelegation mit dem Staatskanzler an der Spitze gegen die Ansprüche des Auslandes auf unsere Kunstschätze geführt hat, verliert völlig sein moralisches Gewicht, wenn jetzt an den Verkauf von künstlerischen Objekten geschritten wird und es ist sehr zu befürchten, dass die noch in Schwebel befindlichen Streitfälle dadurch nicht zu unserem Gunsten beeinflusst werden. Es kann ja kommen, dass wir unter dem Drucke der allergrössten Not solche geradezu selbstmörderische Verkäufe vornehmen müssen, doch darf ein solches Unglück keinesfalls geschehen, ehe alle anderen Hilfsquellen restlos in Anspruch genommen worden sind. Die ausländischen Guthaben, die alt- und neuengländischen Wertpapiere, Gold und Juwelen sind bisher nicht angefordert worden. Bei diesen Kategorien handelt es sich um Werte, die bei künftiger Konsolidierung unserer Wirtschaft nach Massgabe der wachsenden Sparkraft ohne weiters wieder angeschafft werden können, während Kunstschätze von wirklichem Range, die ins Ausland wandern, als endgiltig und unwiederbringlich verloren anzusehen sind. Die Bevölkerung Wiens, welche von der Gefahr des Verhungerns und Erfrierens bedroht ist, kann es nicht verstehen und wird es auch nicht in Ruhe ertragen, dass diejenigen Massnahmen, die wirklich Abhilfe bringen können, unterbleiben. Es wird daher beantragt: Der Staatskanzler ist ohne Verzug davon zu verständigen, dass der Stadtrat gegen den geplanten Verkauf von Kunstobjekten die allergrössten Bedenken hegt, dagegen Protest einlegt und die Einstellung der Aktion fordert. Hingegen stellt der Stadtrat das Verlangen, der Staatskanzler möge angesichts der auf das schwerste gefährdeten Versorgung Wiens mit Lebensmitteln und Kohle die rücksichtslose Anforderung aller internationalen Zahlungsmittel veranlassen.

St.R. Dr. Kleinböck (chr. soz.) brachte folgenden Antrag vor: Aus den Zeitungsberichten entnehmen wir, dass die Staatsregierung sich mit den Gedanken ernstlich befasst, aus den Verkauf von Wiener Kunstschätzen die Mittel zu Einkäufen von Lebensmitteln zu beschaffen. Hiedurch ist der Kunstbesitz von Wien schwer bedroht, ohne dass die Aussichten auf unsere Lebensmittelversorgung erheblich gebessert wären. Wir beantragen daher, die Gemeinde Wien wolle die schweren Bedenken gegen den obigen Plan in Interesse der Zukunft

Wien bei den staatlichen Stellen nachdrücklich geltend machen.  
Endlich beantragte St.R. Josef Müller (chr. soz.): Infolge der trostlosen Lebensmittellage der Gemeinde Wien richtet der Stadtrat an den Staatskanzler in letzter Stunde des Frachens, sofort das Notwendige zu veranlassen, dass die Lebensmittellage der Bevölkerung gehoben wird. Der Stadtrat lehnt bei Nichterfüllung dieses Ansehens jede Verantwortung ab.

Diese Angriffe wurden angenommen und über Vorschlag des Abgeordneten Reumann wurde beschlossen, dass sich wegen einer Aboordnung bestehend aus dem Uferassessor, dem Historiker und dem Stadtratsmitglied Dr. Kleinböck, Dr. Schenk und Wagner, zum Staatskanzler Dr. Renner begaben wird, um ihm die Anträge zu unterbreiten und sich ihm über die Versorgung der Stadt Wien Rücksprache zu erlauben.

1. Ausgabe.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

Beschaffung amerikanischer Kohle. Der Stadtrat hat heute im Sinne eines Referates des Bürgermeisters den grundsätzlichen Beschluß gefasst, sich an jener Aktion, welche das Staatsamt für Handel und Gewerbe zwecks Beschaffung amerikanischer Kohle seit Wochen führt, zu beteiligen, da nunmehr die Verhandlungen zu greifbaren Offerten geführt haben. Es wurde dem Antrage zugestimmt, dass ein Quantum von 80.000 Tonnen lieferbar bis spätestens Neujahr für das Gas- und Elektrizitätswerk angeschafft wird. Nach dem gegenwärtigen Stande des Dollars und den ungeheuren Kosten des Transportes handelt es sich um einen Aufwand von 170 bis 200 Millionen Kronen und würde ein Waggon Kohle auf rund 20 bis 25.000 Kronen zu stehen kommen. Es ist nur die Beschaffung eines eisernen Vorrates, welcher die vollkommene Einstellung der Betriebe verhindern soll, ins Auge gefasst, doch sind die Betriebe selbstverständlich nach wie vor auf die volle Einhaltung der deutschen und tschechoslovakischen Kontingente, sowie auf die Bezüge aus Polen angewiesen. Gleichzeitig wurde vom Stadtrate genehmigt, dass sich die Gemeinde Wien an den Vorkosten mit einem Betrage von 1 Million Kronen als Fondsperau beteilige. Mit Rücksicht auf die grossen Schwierigkeiten politischer Natur im Bezug auf die Wagenbeistellung, die sich ergeben könnten, zielen die Verhandlungen dahin ab, dass die Lieferung loco deutschösterreichische Bahnstation betätigt werde. Gegenüber den gegenwärtig gezahlten Kohlenpreisen bedeutet der Import amerikanischer Kohle mehr als eine Versechsfachung der Preise, was eine volle Umlegung <sup>auf</sup> die Tarife ausschliesst, aber Gas- und Elektrizitätswerk auf Jahre hinaus mit einer Schuld von Dutzenden Millionen belasten.